

Gespalten in den gemeinsamen Untergang: Die pfälzischen Arbeiterparteien 1930-1933

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die Räumung des Rheinlandes und den Einmarsch der bayerischen Landespolizei Schlag Mitternacht vom 29. zum 30. Juni 1930 begrüßte die pfälzische SPD vorbehaltlos. So war der Festredner bei der nächtlichen Befreiungsfeier am 30. Juni 1930 auf dem Neuen Messplatz in Ludwigshafen der sozialdemokratische Bürgermeister Kleefoot, der die Notwendigkeit einer Verständigungspolitik gegenüber dem französischen Nachbarn betonte.¹ Der Einladung zur Befreiungsfeier der bayerischen Landesregierung am 1. Juli 1930 nach Speyer leistete man jedoch nicht Folge, „weil diese offizielle Feier keine sichere Gewähr dafür bietet, daß etwaige Einladungen unter dem Gesichtspunkt wirklicher Objektivität erfolgen, denn das geschichtliche Verdienst der deutschen Sozialdemokratie an der vorzeitigen Räumung des besetzten Gebietes steht fest und die pfälzische Sozialdemokratie kann für sich beanspruchen, in schwerster Stunde für das Verbleiben der Pfalz bei der Deutschen Republik mit Erfolg alle Kräfte eingesetzt zu haben.“ Hingegen habe der bayerische Ministerpräsident Dr. Held „in völliger Verkennung der Interessen der Pfalz bis zuletzt durch politische Zweideutigkeiten bedenklicher Art den Erfolg einer vorzeitigen Räumung gefährdet“ und sei deshalb „der ungeeignetste Mann, die erfreuliche Tatsache der Räumung zu feiern.“² Alternativ wurde die Parteibasis für den 6. Juli 1930 nach Ludwigshafen in den Ebertpark zu einer eigenen Befreiungsfeier unter dem Motto „Völkerbefreiung, Völkerversöhnung, Demokratie und Sozialismus“ eingeladen. Voran ging ein „wuchtiger“ Demonstrationzug durch die Innenstadt, der einer Heerschau der pfälzischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gleichkam.³

Über dem sozialdemokratischem Demonstrationzug hatten die Fahnen der Republik geweht – nur wenige Tage später wurde sie zu Grabe getragen, als der Reichstag am 18. Juli 1930 mit den Stimmen von SPD, KPD, NSDAP und des größten Teils der DNVP eine Notverordnung, die aus einer zuvor bereits abgelehnten Deckungsvorlage zur Sanierung der Staatsfinanzen hervorgegangen war, aufhob. Reichskanzler Brüning verkündete daraufhin die Auflösung des Reichstages und dessen Neuwahl zum 14. September 1930. Wenige Tage später wurde die aufgehobene Notverordnung in verschärfter Form erneut als Notverordnung erlassen – der Weg in eine andere Verfassungswirklichkeit war beschritten.⁴

Am 21. Juli 1930 veröffentlichte die „Pfälzische Post“ den Wahlauf Ruf des Parteivorstandes,⁵ offizieller Wahlauftakt der pfälzischen Sozialdemokratie war jedoch erst der Außerordentliche Bezirksparteitag in Kaiserslautern am 17. August 1930. Dabei betonte der Bezirksvorsitzende Richard Hammer bereits bei der Begrüßung, dass es am 14. September 1930 „um die Frage Diktatur oder Demokratie“ gehe. Nach einem ausführlichen Referat von Wilhelm Dittmann für den Parteivorstand ging man ohne Debatte zur Aufstellung der Kandidaten über, die zu einer bemerkenswerten Richtungsentscheidung führte. Zwar wurde Johannes Hoffmann unbestritten wieder zum Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Pfalz

¹ Pfälzische Post Nr. 150 v. 1.7.1930 („Die Befreiungsfeier in Ludwigshafen“).

² Pfälzische Post Nr. 145 v. 25.6.1930 („Entschließung der pfälzischen Sozialdemokratie zur Befreiungsfeier“).

³ Pfälzische Post Nr. 155 v. 7.7.1930 („Der Sozialistische Arbeitertag in Ludwigshafen am Rhein“).

⁴ Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte 16), München 2002, S. 132 ff.

⁵ Pfälzische Post Nr. 167 v. 21.7.1930 („Der Wahlkampf beginnt“).

gewählt, aber für das bisherige zweite pfälzische SPD-Mandat Friedrich Wilhelm Wagner nominiert, während der Parteilinke Gerhard Jacobshagen, der das zweite Mandat seit Dezember 1924 inne hatte, per Antrag mit 131 zu 70 Stimmen überhaupt nicht mehr auf die Liste gesetzt wurde.⁶ Nachfolgend stellte die pfälzische SPD die Forderung nach „sozialer Demokratie, Verständigung und Frieden – gegen die Diktatur“ in den Mittelpunkt ihrer Agitation.⁷ Das Ergebnis vom 14. September 1930 sprach jedoch eine andere Sprache und wurde mit „eine Schlappe der Sozialdemokratie“ von der „Pfälzischen Post“ noch recht beschönt, denn die SPD hatte mit 105.506 Stimmen in der Pfalz nicht nur Platz 1 an Zentrum und BVP (115.915 Stimmen) abgegeben müssen, sondern war sogar noch hinter der NSDAP (106.163 Stimmen) auf Platz 3 der Wählergunst gefallen.⁸ Trotz eines Verlustes von 6,6 Prozent sah Richard Hammer die pfälzische Sozialdemokratie „fest und unerschütterter“ und appellierte abschließend in seiner Wahlanalyse: „Dem Faschismus muß ein kampftschlossenes Proletariat gegenüberstehen!“⁹

Angesichts der realen Bedrohung durch den Nationalsozialismus entschied sich die deutsche Sozialdemokratie nach der „Katasrophenwahl“ vom September 1930 für das „kleinere Übel“ – die Tolerierung der Regierung Brüning.¹⁰ Auch die Vertreter der Parteilinken in der Reichstagsfraktion hielten zunächst die Fraktionsdisziplin ein. Als jedoch am 20. März 1931 die letzte Rate für den Panzerkreuzer A und die erste Rate für den Panzerkreuzer B im Reichstag zur Abstimmung stand, stimmten neun SPD-Reichstagsabgeordnete gemeinsam mit der KPD gegen die Vorlage und eröffneten damit den innerparteilichen Konflikt um die Tolerierungsfrage.¹¹ Dabei positionierte sich die Mehrheit der pfälzischen SPD hinter den Kurs der Parteiführung: „Wir müssen Brüning dulden, um den Willen der Nazis, an die Regierung zu kommen, zu vereiteln“, so Friedrich Wilhelm Wagner, der noch im Dezember 1930 für den am 15. Dezember 1930 verstorbenen Johannes Hoffmann in den Reichstag nachgerückt war, am 12. April 1931 auf dem 36. pfälzischen Bezirkstag in Speyer. Als einziges Bezirksvorstandsmitglied kritisierte Susanna Jacobshagen in der Aussprache die Tolerierungspolitik der Reichstagsfraktion und billigte die Abweichung der neun Linksoptionellen.¹²

Der 36. Bezirksparteitag war u.a. zur Wahl der pfälzischen Delegierten für den nächsten Reichsparteitag der SPD zusammengetreten, der dann vom 31. Mai bis zum 5. Juni 1931 in Leipzig tagte. In dessen Vorfeld besuchte Friedrich Wilhelm Wagner die Ortsgruppen, um sie auf Grundlage der Beschlüsse des Bezirksparteitages über die Tolerierungspolitik der SPD zu informieren. Gleichzeitig suchte aber auch sein Vorgänger, Gerhard Jacobshagen, Parteimitglieder auf, die er „auf Grund ihrer radikaleren Einstellung zur Parteitaktik“ für eine Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten werben wollte. Das Erscheinen des Aufrufes zu dieser Konferenz am 30. Mai 1931 in der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“¹³ nahm das Bezirkssekretariat dann zum Anlass, Gerhard und Susanna Jacobshagen, aus der SPD

⁶ Pfälzische Post Nr. 191 v. 18.8.1930 („Wahlauftakt der pfälz. Sozialdemokratie“).

⁷ Pfälzische Post Nr. 213 v. 12.9.1930 („Keine Diktatur – keine Abenteuer“).

⁸ Pfälzische Post Nr. 215 v. 15.9.1930 („Nach der Wahlschlacht“).

⁹ Pfälzische Post Nr. 218 v. 18.9.1930 („Nach der Wahlschlacht“).

¹⁰ Pfälzische Post Nr. 246 v. 21.10.1930 („Die Taktik der Sozialdemokratie im Reichstag“).

¹¹ Helmut Arndt, Profilierungs- und Differenzierungsprozesse in der SPD unter den Bedingungen der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus (1925-1930/1931), in: Heinz Niemann (Hrsg.), Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991, S. 93-96.

¹² Pfälzische Post Nr. 85 v. 13.4.1931 („Die politische Lage und die Taktik der Sozialdemokratie“).

¹³ Arbeiter-Zeitung Nr. 113 v. 30.5.1931 („Kämpfende Einheitsfront für den Sieg des Sozialismus!“)

auszuschließen,¹⁴ die daraufhin ihren Übertritt zur KPD erklärten.¹⁵ Da beide die ersten prominenten Partielinken waren, die reichsweit im Rahmen der Tolerierungsdebatte das Parteibuch wechselten, blieb dieser Vorgang auch auf dem Leipziger Parteitag nicht unbeachtet, weshalb der pfälzische Bezirksvorsitzende Richard Hammer noch in Leipzig dazu Stellung nahm. Die Delegierten reagierten auf Hammers Ausführungen mit Unmutäußerungen gegen die gesamte Parteioption.¹⁶ Entsprechend deutlich war dann auch die Abstimmung über die Fraktionspolitik, in der das Verhalten der neun „Disziplinbrecher“ mit 324 Stimmen bei 62 Gegenstimmen verurteilt wurde.¹⁷

Dieser Sieg des Parteivorstandes war jedoch teuer erkaufte, denn die zweite Notverordnung der Regierung Brüning am 5. Juni 1931 brachte eine weitere „Belastung der Minderbemittelten“ mit sich.¹⁸ Dennoch stellten auch die Ortsvereinsvertreter auf den pfälzischen Unterbezirkskonferenzen im Sommer 1931 die Politik der Reichstagsfraktion nicht grundsätzlich in Frage, sondern forderten die Basis weiter zur Disziplin auf.¹⁹ Auf den nachfolgenden Ortsvereinsitzungen gelang dies jedoch nicht immer, wie z.B. der Verlauf der Ortsvereinsitzung in Frankenthal am 29. August 1931 zeigte, wo „nicht wenige Redner eine grundlegende Änderung unserer Taktik“ forderten.²⁰ Eine Entwicklung, die sich auch anderswo vollzog, weshalb der Parteivorstand am 22. September 1931 mit dem Parteiausschluss „gegen jede Sonderorganisation innerhalb der Partei“ drohte.²¹ Aber auch damit ließen sich die Kritiker der Tolerierungspolitik nicht zum Schweigen bringen, wie der Ablauf der Mitgliederversammlung in Oppau am 26. September 1931 belegt.²² Das Ergebnis war der Parteiausschluss der führenden Partielinken Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld am 29. September 1931,²³ die sich mit ihren Anhängern am 4. Oktober 1931 zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) zusammenschlossen,²⁴ während andere führende Parteilinke wie der Reichstagsabgeordnete Oettinghaus²⁵ und der auch in der Pfalz populäre Mannheimer Pfarrer Eckert²⁶ den Jacobshagens in die KPD folgten. Nach dieser Richtungsentscheidung wandten sich Parteivorstand²⁷ und der Parteiausschuss der Pfalz²⁸ mit Appellen zur Einheit an die Parteibasis. Die große Mehrheit der Mitgliedschaft schloss sich diesen Aufrufen – verbunden mit der Fortsetzung der Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Brüning – an, auch wenn in einzelnen Ortsvereinsitzungen weiter Differenzen zwischen Parteileitung und –basis

¹⁴ Pfälzische Post Nr. 124 v. 1.6.1931 („Entlarvt“).

¹⁵ Arbeiter-Zeitung Nr. 115 v. 2.6.1931 („Nur die Kommunisten verwirklichen den Sozialismus“).

¹⁶ Protokoll über die Verhandlungen des SPD-Parteitages in Leipzig 1931, Berlin 1931, S. 123/124.

¹⁷ Pfälzische Post Nr. 127 v. 4.6.1931 („Der Parteitag für die Fraktionspolitik“).

¹⁸ Pfälzische Post Nr. 130 v. 8.6.1931 („Die neue Notverordnung“).

¹⁹ Vgl. für den Unterbezirk Speyer: Pfälzische Post Nr. 156 v. 8.7.1931 („Aus der Parteioorganisation“), für den Unterbezirk Grünstadt: Pfälzische Post Nr. 161 v. 14.7.1931 („Parteiarbeit in der Pfalz“) und für den Unterbezirk Neustadt: Pfälzische Post Nr. 180 v. 5.8.1931 („Parteiarbeit in der Pfalz“).

²⁰ Pfälzische Post Nr. 205 v. 4.9.1931 („Parteiarbeit in der Pfalz“).

²¹ Pfälzische Post Nr. 221 v. 23.9.1931 („Einheit über alles“).

²² Pfälzische Post Nr. 227 v. 30.9.1931 („Aus den pfälzischen Parteioorganisation“).

²³ Pfälzische Post Nr. 227 v. 30.9.1931 („Rosenfeld und Seydewitz ausgeschlossen“).

²⁴ Pfälzische Post Nr. 231 v. 5.10.1931 („Die Konferenz der Spalter“).

²⁵ Pfälzische Post Nr. 225 v. 28.9.1931 („Die Lage in der Partei“).

²⁶ Pfälzische Post Nr. 233 v. 7.10.1931 („Eckert in der KPD“).

²⁷ Pfälzische Post Nr. 227 v. 5.10.1931 („An die Partei“).

²⁸ Pfälzische Post Nr. 227 v. 5.10.1931 („Parteiinheit über alles!“).

in dieser Frage geäußert wurden.²⁹ In den Mittelpunkt der Parteidebatte rückte jedoch zunehmend die Frage der Abwehr des Faschismus – entsprechend kündigte auch der Bezirksvorstand der SPD der Pfalz in seiner Neujahrsbotschaft 1931 an, dass im neuen Jahr die Entscheidung zwischen Faschismus und Demokratie fallen werde.³⁰ Analog wurden die Republikaner zu einer Einheitsfront aufgerufen,³¹ die ihre organisatorische Klammer in der „Eisernen Front“ finden sollte, die aber letztlich nur das sozialdemokratische Milieu erreichte. Zentrales Informationsmedium hierzu blieb die „Pfälzische Post“, die trotz ihres durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Abonnentenrückgangs ihre Bezugspreise – insbesondere für die erwerbslosen Leser - wesentlich senkte.³²

Den „entscheidenden Hauptakt“ in der Abwehr des Faschismus sah die SPD in der Neuwahl des Reichspräsidenten, wobei sich die Partführung eindeutig für die Wiederwahl Hindenburgs aussprach.³³ Auch dabei kam der Parteivorstand wohl in Begründungszwänge gegenüber der Parteibasis; zumindest musste der SPD-Reichspräsidentenkandidat von 1925, Otto Braun, noch am 10. März 1932 in der „Pfälzischen Post“ begründen, warum die SPD keinen eigenen sozialdemokratischen Kandidaten nominiert hatte.³⁴ Das Ergebnis vom 13. März 1932 schien der Parteführung recht zu geben, denn das Wahlergebnis für Hindenburg war auch in der Pfalz eindeutig: 282.578 Stimmen für Hindenburg gegenüber 196.169 für Hitler erlaubten der pfälzischen SPD die Interpretation: „Hitler entscheidend geschlagen“³⁵ – verbunden mit der Aufforderung: „Am 10. April muß der Faschismus endgültig geschlagen werden“.³⁶ Dies gelang jedoch nicht. Trotz des erwarteten Wahlsieges von Hindenburg – der Stahlhelm-Kandidat Duesterberg hatte sich zurückgezogen – hatten diesmal in der Pfalz 219.777 Wähler für Hitler gestimmt und damit 13.608 mehr als im 1. Wahlgang. Auf Hindenburg waren 287.053 Stimmen entfallen, was einem Zugewinn von nur 4.475 Stimmen entsprach, während Duesterberg im ersten Wahlgang 11.300 Stimmen erhalten hatte. Auch aus dem Stimmenverlust des KPD-Kandidaten Thälmann profitierte vor allem die Hitlerbewegung. Die pfälzische SPD war zwar der Auffassung, dass sie „nicht die geringste Ursache“ habe, „mit dem Wahlergebnis unzufrieden zu sein“ – unbeantwortet blieb allerdings die Frage, wie viele Wählerstimmen aus dem Hindenburg-Lager tatsächlich der Sozialdemokratie zuzuordnen waren und völlig falsch war die Wahlanalyse, dass „die NSDAP ihren Höhepunkt bereits überschritten hat“.³⁷

Die reale Stärke von SPD und NSDAP in der Pfalz sollte sich allerdings schon zwei Wochen später bei der bayerischen Landtagswahl erweisen. Hierfür erließ am 12. April 1932 der Landesausschuss der Sozialdemokratischen Partei in Bayern einen Wahlaufuf, der dazu aufforderte, am 24. April 1932 dem „Hakenkreuzspuk ein Ende“ zumachen und dem Faschismus in Bayern eine vernichtende Niederlage beizubringen.³⁸ Für die eigene Partei

²⁹ Vera Stürmer, Die pfälzische SPD in der Endphase der Weimarer Republik (= Südwestdeutsche Schriften 17), Mannheim 1995, S. 50/51.

³⁰ Pfälzische Post Nr. 304 v. 31.12.1931 („Zum Kampfsjahr 1932“).

³¹ Pfälzische Post Nr. 302 v. 29.12.1931 („Einheitsfront der Republikaner“).

³² Pfälzische Post Nr. 2 v. 4.1.1932 („Was bedeutet die Senkung des Bezugsgeldes der „Pfälzischen Post““).

³³ Pfälzische Post Nr. 10 v. 13.1.1932 („Nach dem Scheitern der Regierungsaktivitäten“).

³⁴ Pfälzische Post Nr. 59 v. 10.3.1932 („Warum Hindenburg“).

³⁵ Pfälzische Post Nr. 62 v. 14.3.1932 („Sieg der Vernunft“).

³⁶ Pfälzische Post Nr. 63 v. 15.3.1932 („Vor dem zweiten Wahlgang“).

³⁷ Pfälzische Post Nr. 84 v. 11.4.1932 („Absolute Mehrheit für Hindenburg“).

³⁸ Pfälzische Post Nr. 85 v. 12.4.1932 („Landtagswahl in Bayern“).

wurde das Ziel der „Eroberung der Macht“ ausgegeben.³⁹ Gemessen an diesen Vorgaben stellte das pfälzische Wahlergebnis vom 24. April 1932 dann aber mehr als die vom Parteiausschuss konstatierte „Schlappe“⁴⁰ dar: Gegenüber 1928 hatten die Sozialdemokraten 22.686 Stimmen verloren und waren mit 16,3 Prozent gegenüber 29,1 Prozent vor vier Jahren vom ersten auf den dritten Platz in der Wählergunst zurückgefallen. Eindeutiger Sieger war die NSDAP, die 199.711 Wähler gewann und von 5,4 Prozent auf 42,9 Prozent anstieg. Vor der SPD lag jetzt auch noch deutlich die BVP mit 23,7 Prozent. Im Vergleich zu den Stimmeneinbußen war der Mandatrückgang von vier auf drei für Karl Fischer (Ludwigshafen), Adolf Ludwig (Pirmasens) und Jacob Leonhardt (Kaiserslautern) für die pfälzische SPD aber noch moderat.⁴¹ Gelegenheit, die eigenen Wunden zu lecken, boten wenige Tage später die sozialdemokratischen Kundgebungen zum 1. Mai 1932, zu denen der Parteivorstand mit der Parole „Seid einig und der Sieg ist euch gewiß!“⁴² aufrief und die in der Pfalz durchgängig als gut besucht geschildert wurden.⁴³ Nur noch Heiterkeit innerhalb der pfälzischen Sozialdemokratie erzeugte am 20. Mai 1932 das bekannt werden des neuerlichen Parteiaustritts – freilich jetzt aus der KPD - von Gerhard und Susanna Jacobshagen.⁴⁴

Ernst und Kampfbereit zeigte man sich dann wieder nach dem Sturz des Kabinetts Brüning am 30. Mai 1932. Obwohl die „Pfälzische Post“ sofort deutlich machte, dass damit auch das Ende der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik gekommen war, erklärte man sich trotzdem weiter zu „staatspolitischen“ Handeln bereit.⁴⁵ Mit der Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler („Das Kabinett der Baronie!“) wurden aber auch die Töne gegen über dem Reichspräsidenten („Hindenburg – der ungekrönte Kaiser“) – dem Urheber der neuerlichen Krise – schärfer.⁴⁶ Hatte man am 31. Mai 1932 noch an dessen Festhalten an der Verfassung geglaubt,⁴⁷ so sah man sich schon am 4. Juni 1932 - durch dessen Reichstagsauflösung am Parlament vorbei - erneut eines Besseren belehrt.⁴⁸ Den Wahlkampf zur so erzwungenen Neuwahl des Reichstages leitete die pfälzische SPD am 26. Juni 1932 mit einem Bezirksparteitag in Neustadt an der Haardt ein, der Friedrich Wilhelm Wagner erneut zum pfälzischen Spitzenkandidaten kürte. Überschattet wurde der Bezirksparteitag durch einen SA-Überfall auf das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin, was den Bezirksvorsitzenden Hammer veranlasste, seine Genossen zum Gebrauch des Notwehrrechts aufzufordern.⁴⁹ Gleichzeitig erteilte aber der Bezirksvorstand jeglicher Zusammenarbeit mit der KPD bei der Abwehr des Faschismus eine deutliche Absage.⁵⁰ Der von der KPD initiierten „Antifaschistischen Aktion“, die ihre Einheitsangebote freilich nur an die sozialdemokratische Basis richtete,

³⁹ Pfälzische Post Nr. 87 v. 14.4.1932 („Mehr Macht der Sozialdemokratie“).

⁴⁰ Pfälzische Post Nr. 119 v. 24.5.1932 („Der Parteiausschuss der Pfalz zur politischen Lage“).

⁴¹ Pfälzische Post Nr. 98 v. 27.4.1932 („Die Sozialdemokraten im neuen Landtag“).

⁴² Pfälzische Post Nr. 99 v. 28.4.1932 („An die Partei“).

⁴³ Pfälzische Post Nr. 102 v. 2.5.1932 („Unsere Maifeiern“) und Nr. 103 v. 03.05.1932 („Die Maifeiern in der Pfalz“).

⁴⁴ Pfälzische Post Nr. 116 v. 20.5.1932 („Voranschlagberatung im Ludwigshafener Stadtrat“).

⁴⁵ Pfälzische Post Nr. 125 v. 31.5.1932 („Rücktritt des Kabinetts Brüning“).

⁴⁶ Vgl. die gleich lautenden Artikel in: Pfälzische Post Nr. 128 v. 3.6.1932.

⁴⁷ Pfälzische Post Nr. 125 v. 31.5.1932 („Rücktritt des Kabinetts Brüning“).

⁴⁸ Pfälzische Post Nr. 130 v. 6.6.1932 („Eine einzige Provokation!“).

⁴⁹ Pfälzische Post Nr. 148 v. 27.6.1932 („Auftakt zur Reichstagswahl“).

⁵⁰ Pfälzische Post Nr. 147 v. 25.6.1932 („An die Mitglieder der sozialdem. Partei der Pfalz“).

stellte man die eigene Forderung nach einer „Volksfront gegen Hitlerbarone“ entgegen mit der klaren Aussage: „Die Sozialdemokratie führt.“⁵¹

Freilich nahm der Wahlkampf einen ganz anderen Verlauf, da die Nationalsozialisten auch in der Pfalz die politische Auseinandersetzung mit offenem Terror führten.⁵² Angesichts zunehmender Todesopfer auch auf Seiten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch die entfesselten SA-Horden⁵³ musste die Parole des Parteivorstandes „Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen“ als Reaktion auf die Absetzung der sozialdemokratisch geführten preußischen Landesregierung durch Hindenburg und Papen ins Leere laufen.⁵⁴ Zumindest blieb die erhoffte „Abrechnung“⁵⁵ am 31. Juli 1932 aus: Während die NSDAP in der Pfalz gegenüber 1930 von 22,8 auf 43,4 Prozent anstieg, musste sich die SPD erneut mit Platz drei begnügen. Freilich nahm dabei nicht nur der Rückstand zu Zentrum und BVP weiter zu, sondern trotz einer von 82 auf 84 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung hatten sich weitere 7.762 Wählerinnen und Wähler von der SPD verabschiedet. Die Verbliebenen 97.036 repräsentierten damit nur noch 17,6 Prozent der Gesamtwählerschaft. Trotzdem war man der Ansicht, dass „sich die Eiserne Front ganz hervorragend geschlagen hat“, da gegenüber der Landtagswahl vom 24. April 1932 in Prozenten ein kleiner Gewinn und in absoluten Wählerzahlen sogar ein Stimmengewinn von 12.670 zu verzeichnen war. Auch das Reichstagsmandat von Friedrich Wilhelm Wagner war verteidigt; entsprechend optimistisch lautete das Fazit am 1. August 1932: „Die eiserne Front steht!“⁵⁶

Allerdings musste das pfälzische Parteiorgan bereits einen Tag später vermelden: „Brandbomben auf die Parteihäuser! Gewaltakte der Enttäuschten im ganzen Reiche“⁵⁷ – also die Fortsetzung der von den Nationalsozialisten ausgehenden bürgerkriegsähnlichen Unruhen; woraus man von sozialdemokratischer Seite die Konsequenz zog: „Der Kampf geht weiter!“, wie es präzise der Bundesvorstand des Reichsbanners formulierte.⁵⁸ Dass man dabei durchaus noch zu einer großen Heerschau fähig war, demonstrierte die pfälzische SPD am 11. September 1932 bei der Einweihung des Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zweibrücken. 18.000 Teilnehmer – darunter 8.000 uniformierte Reichsbanner-Mitglieder – bekundeten mit ihrer Teilnahme die Absicht, dieses Monument der Republik zu verteidigen, nach dem die Stadt Zweibrücken sich geweigert hatte, das Denkmal in ihre Obhut zu nehmen.⁵⁹ Einen Tag später sprach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion – gemeinsam mit NSDAP und KPD – der Regierung Papen das Misstrauen aus, was die neuerliche Auflösung des Reichstags zur Konsequenz hatte. Erneut gab sich der Parteivorstand optimistisch: „In eiserner Treue bleibt die Eiserne Front geschlossen und stößt zum Angriff

⁵¹ Pfälzische Post Nr. 125 v. 28.6.1932 („Kriegserklärung“).

⁵² Beispielhaft: Pfälzische Post Nr. 154 v. 4.7.1932 („Kaiserslauterer Jungsozialisten und Reichsbanner-Jugend bei Kapsweiler beworfen, beschossen und mit Lynchen bedroht! – Mehrere Schwerverletzte“); Pfälzische Post Nr. 155 v. 5.7.1932 („Bürgerkrieg in Grünstadt“ und „Organisierter nächtlicher Feuerüberfall der Nazis in Bobenheim a. Rh.“); Pfälzische Post Nr. 156 v. 6.7.1932 („Der Nazi-Überfall in Großniedesheim-Bobenheim“).

⁵³ Pfälzische Post Nr. 167 v. 19.7.1932 („Die Liste der Toten...“).

⁵⁴ Pfälzische Post Nr. 169 v. 21.7.1932 („An die Partei“).

⁵⁵ Pfälzische Post Nr. 177 v. 30.7.1932 („Morgen wird abgerechnet“).

⁵⁶ Pfälzische Post Nr. 178 v. 1.8.1932 („Die Eiserne Front steht!“).

⁵⁷ Pfälzische Post Nr. 179 v. 2.8.1932 („SA-Aufbruch in Königsberg!“).

⁵⁸ Pfälzische Post Nr. 182 v. 5.8.1932 („An das Reichsbanner!“).

⁵⁹ StA Ludwigshafen, Best. N 25, Nr. 215-227, Fotodokumentation der Kundgebung sowie Pfälzische Post Nr. 213 v. 12.9.1932 („Gewaltige Republikanerkundgebung“).

vor. Die Zukunft Deutschlands verlangt die Niederlage der Nationalsozialisten, verlangt die Einigung des sozialistischen Arbeitervolkes durch den Sieg der Sozialdemokratie.⁶⁰

Nachdem am 19. September 1932 Hindenburg dem 6. November 1932 als Neuwahltermin für den Reichstag zugestimmt hatte, verzichte der pfälzische Bezirksvorstand auf die erneute Einberufung eines Bezirksparteitages, sondern berief am 22. September 1932 zum 2. Oktober 1932 für sämtliche Unterbezirke Unterbezirks-Konferenzen ein, die sich mit der Reichstagswahl und Organisationsfragen beschäftigen sollten.⁶¹ Am 25. September 1932 tagte der Parteiausschuss der Pfalz und bestätigte diese Entscheidung des Bezirksvorstandes sowie dessen Vorschlag, die Kandidatenliste zum Reichstag in ihrer alten Zusammensetzung zu belassen, womit Friedrich Wilhelm Wagner erneut zum pfälzischen Spitzenkandidaten nominiert wurde.⁶² Gleichzeitig wurde ein Solidaritätsaufruf für die Verfolgten und Gefangenen der Eisernen Front veröffentlicht, die sich dem nationalsozialistischen Terror entgegengestellt hatten und hierfür zum Teil mit hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bedacht worden waren. Für sie wurden in der Pfalz 14 örtliche Hilfsstellen eingerichtet.⁶³ Während die Unterbezirkskonferenzen also am 2. Oktober 1932 die „Aufgaben der Partei zur Reichstagswahl und die organisatorischen und finanziellen Grundlagen des Wahlkampfes“ behandelten,⁶⁴ erschien der Wahlaufuf des Parteivorstandes, der sich gegen Papen, NSDAP und KPD als „Front der Gegenrevolution“ wandte und stattdessen die „Eiserne Front des Volkssozialismus“ propagierte erst am 4. Oktober 1932 in der „Pfälzische Post“.⁶⁵

Unter dem Motto „Gegen Papen, Hitler, Thälmann! Für sozialistische Volksherrschaft!“ wurde anschließend die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Pfalz zu zahlreichen Kundgebungen mobilisiert, deren „imposanter“, „prächtiger“, „wuchtiger“, „gewaltiger“ usw. Verlauf, noch einmal Stärke und Kampfschlossenheit vermitteln sollte. Allerdings wurden viele pfälzische Landgemeinden von der Partei nicht mehr erreicht – weil hier die Nationalsozialisten längst die Herren der Straße waren und der finanzielle Aufwand für einen flächendeckenden Wahlkampf in keinem Verhältnis zum erwarteten Erfolg gestanden hätte. In der Nachschau wurde hierin eine der Hauptursachen für die Wahlniederlage vom 6. November 1932 gesehen.⁶⁶ Das Wahlergebnis sprach jedoch noch eine andere Sprache: Gegenüber dem 31. Juli 1932 hatte die pfälzische Sozialdemokratie 10.489 Stimmen eingebüßt und mit 16,1 Prozent war sie prozentual sogar noch hinter das Landtagswahlergebnis vom 24. April 1932 zurückgefallen – gleichzeitig hatte die KPD aber 10.125 Stimmen hinzugewonnen – das „Lager der Marxisten“ war also gleich geblieben. Zwar sah die pfälzische SPD diese Wählerwanderung nach links als vorübergehend an, reagierte aber selbst mit einer verbalen Radikalisierung. So war das Fazit des Wahlkampfkommentars in der „Pfälzischen Post“ nicht nur: „Es lebe der Kampf“⁶⁷ – verbunden mit der Forderung: „Fort mit Papen!“⁶⁸ – sondern auch der wiedergewählte Reichstagsabgeordnete Wagner konstatierte während seiner Wahlkampfauswertung vor der

⁶⁰ Pfälzische Post Nr. 214 v. 13.9.1932 („Volkskampf für Volksrecht“).

⁶¹ Pfälzische Post Nr. 224 v. 24.9.1932 („Unterbezirks-Konferenzen“).

⁶² Pfälzische Post Nr. 226 v. 27.9.1932 („Parteiausschuß der Pfalz“).

⁶³ Pfälzische Post Nr. 225 v. 26.9.1932 („Hilfe unseren Verfolgten und Gefangenen“).

⁶⁴ Pfälzische Post Nr. 233 v. 5.10.1932 („Kampfschlossenheit der pfälz. Sozialdemokraten“).

⁶⁵ Pfälzische Post Nr. 232 v. 4.10.1932 („Für Volksstaat und Sozialismus!“).

⁶⁶ Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Bezirk Pfalz: Bericht 1931/32, Ludwigshafen o.J. S. 27.

⁶⁷ Pfälzische Post Nr. 261 v. 7.11.1932 („Das Wahlergebnis des 6. November“).

⁶⁸ Pfälzische Post Nr. 262 v. 8.11.1932 („Die Lehre vom 6. November“).

Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Ludwigshafen am 9. November 1932: „Die Schwierigkeiten einer parlamentarischen Lösung der Regierungsbildung wird die Bedeutung außerparlamentarischer Aktionen in Zukunft stark erhöhen“ und rief unter „stürmischen Beifall“ dazu auf, auf eine „Revolution von oben mit der Revolution von unten zu antworten.“⁶⁹ Auch auf der „Revolutions-Feier“ der Eisernen Front / Bezirk Ludwigshafen zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 sprach sich der Festredner – der wenig später aus der SPD ausgetretene Bürgermeister Dr. Emil Kraus aus Mainz – dafür aus, die „Geschlossenheit der Arbeiterklasse anzustreben.“⁷⁰

Da aber die KPD diesen Strategiewechsel völlig ignorierte⁷¹ und weiter glaubte den „Hauptschlag“ gegen die SPD führen zu müssen, rückte umgedreht auch die KPD - gleichgesetzt mit der NSDAP - wieder in den Mittelpunkt der Wahrnehmung der politischen Gegner der Sozialdemokratie. Das Ziel war dann auch nach dem Rücktritt des Kabinetts Papen am 17. November 1932 die „Wiederbelebung des demokratischen Willens in den heute dem Diktaturgerede zum Opfer gefallenen Arbeitermassen“.⁷² Zwar opponierte die SPD auch von Anfang an gegen das nachfolgende Präsidialkabinett Schleicher, allerdings akzentuierter: So erklärte der Bezirksvorsitzende Richard Hammer auf der Unterbezirkskonferenz der SPD Ludwigshafen am 11. Dezember 1932 zwar, dass „die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zum Kabinett Schleicher sei keine andere als zum Kabinett Papen“, aber „die positive Opposition der Partei habe bereits Erfolge erzielt.“ Verhängnisvoll war die Wahrnehmung der NSDAP, die „man allerdings nicht überschätzen dürfe.“ Trotzdem resümierte Hammer, dass „wir sehr ernsten Zeiten entgegen gehen, Zeiten, die von der Partei ganz andere Kampfformen als bisher erfordern.“⁷³ Entsprechend sollte auch der nächste Reichsparteitag, der für den „12. März 1933 und die folgende Tage“ einberufen wurde, ein „Bekanntnis zu den Lehren von Karl Marx werden.“⁷⁴

Während die „Pfälzische Post“ am 31. Dezember 1932 über eine neuerliche Auflösung des Reichstages spekulierte, aber gleichzeitig erklärte, dass „die Forderung nach einer Kanzlerschaft Hitlers vom Reichspräsidenten erfüllt werden könnte, ist kaum anzunehmen“,⁷⁵ begrüßte sie das Jahr 1933 mit der Schlagzeile: „Faschismus geschlagen – Sozialismus erringen.“ und der Feststellung: „zu Beginn des Jahres 1933 können wir sagen, dass die kämpfende Sozialdemokratie, die entschlossene Eiserne Front die letzten politischen Freiheiten verteidigt und gerettet haben.“⁷⁶ Nachfolgende Schlagzeilen, wie „Nazi-Terror und Mord“⁷⁷ oder „Ein Arbeiter-Ferienheim niedergebrannt“⁷⁸ belegten jedoch das Gegenteil. Auch die Gleichsetzung von „Nazis“ und „Kozis“ wurde nun zunehmend wieder aufgegeben und auf den Aufmarsch der SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin mit der Forderung reagiert: „Proletarier Deutschlands vereinigt euch!“⁷⁹ Die kommunistische

⁶⁹ Pfälzische Post Nr. 266 v. 12.11.1932 („Aus der pfälzischen Parteiorganisation“).

⁷⁰ Pfälzische Post Nr. 267 v. 14.11.1932 („Revolutions-Feier der Eisernen Front“).

⁷¹ Pfälzische Post Nr. 270 v. 17.11.1932 („Unsere Revolutionsfeier und die „Auch“-Arbeiter-Zeitung“).

⁷² Pfälzische Post Nr. 284 v. 3.12.1932 („Papen erledigt“).

⁷³ Pfälzische Post Nr. 295 v. 16.12.1932 („Unterbezirkskonferenz in Ludwigshafen“).

⁷⁴ Pfälzische Post Nr. 296 v. 17.12.1932 („Der Parteitag in Frankfurt“).

⁷⁵ Pfälzische Post Nr. 301 v. 31.12.1932 („Im März Reichstagswahlen“).

⁷⁶ Pfälzische Post Nr. 1 v. 2.1.1933 („Heraus zum neuen Freiheitskampf“).

⁷⁷ Pfälzische Post Nr. 8 v. 10.1.1933 („Die „Erneuerer Deutschlands“ an der Arbeit“).

⁷⁸ Pfälzische Post Nr. 9 v. 11.1.1933 („Hitlers Banditen an der Arbeit“).

⁷⁹ Pfälzische Post Nr. 19 v. 23.1.1933 („Die Nazi-Demonstration auf dem Bülowplatz“).

Gegenkundgebung wurde als „Glänzende kommunistische Demonstration“ bewertet und selbstkritisch festgestellt, dass die „relativ besser gestellten Arbeiter“ zur Politik der Sozialdemokratie neigten, während „die schlechter Gestellten mehr Neigung zur kommunistischen Gefühlspolitik zeigten.“⁸⁰ Und noch nach dem Rücktritt Schleichers am 28. Januar 1933 sah die „Pfälzische Post“: „Die Arbeiterschaft zur Abwehr entschlossen.“⁸¹

Die Stunde der Bewährung folgte am 30. Januar 1933: Während sich das ZK der KPD mit seinem Aufruf zum Generalstreik⁸² erneut nur an die sozialdemokratischen Arbeiter wandte, hielt der Parteivorstand der SPD am strikten Legalitätsprinzip fest und warnte vor jedem „undizipliniertem Vorgehen.“⁸³ Das Ergebnis der beidseitigen Kooperationsunfähigkeit war auch in der Pfalz die kampflöse Machtüberlassung an Hitler. Während in Berlin schon erste Versammlungsverbote für die Eisernen Front erlassen wurden und der „Vorwärts“ erstmals für drei Tagen verboten wurde, war hier aber noch den Sozialdemokraten ein ungehindertes Zusammentreten möglich: So beteiligten sich rund 20.000 Ludwigshafener Republikaner am 3. Februar 1933 an einem Aufmarsch der Eisernen Front⁸⁴ und auch der 38. Bezirksparteitag konnte am 4. und 5. Februar 1933 in Pirmasens zusammentreten – allerdings unter dem Schutz eines größeren – mit Stahlhelm und Karabiner ausgerüsteten – Aufgebotes Schupo; Richard Hammer wurde erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt – ebenso Friedrich Wilhelm Wagner zum Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl.⁸⁵ Den anschließenden Reichstagswahlkampf führte die pfälzische SPD mit zahlreichen antifaschistischen Kundgebungen der Eisernen Front, beginnend in Ludwigshafen und seinen Stadtteilen, in Oppau, Frankenthal, Speyer, Neustadt, Grethen, Oggersheim, Weisenheim am Sand, Edenkoben, Germersheim, Rheinzabern, Edesheim, Landau und Heßheim usw., wobei im Gegensatz zum Reich noch blutige Zusammenstöße mit der SA – so in Obermoschel⁸⁶ und Thaleischweiler⁸⁷ – die Ausnahme blieben – freilich auch, weil die nationalsozialistischen Hochburgen gemieden wurden.⁸⁸ Auch die Notverordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933, der am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen war, wirkte sich noch nicht unmittelbar auf die pfälzische Sozialdemokratie aus, während in Preußen schon sämtliche sozialdemokratische Zeitungen verboten wurden.⁸⁹

So ist auch nur zur erklären, dass die „Pfälzische Post“ das mit SA-Terror und KPD-Unterdrückung zustande gekommene Wahlergebnis vom 5. März 1933 mit „Votum des Volkes“ überschrieb⁹⁰ - um sich dann allerdings gleich in der nächsten Ausgabe vom Parteivorstand korrigieren zu lassen, der feststellte: „Diese Wahlen geben kein Bild des

⁸⁰ Pfälzische Post Nr. 22 v. 26.1.1933 (Glänzende kommunistische Kundgebung“).

⁸¹ Pfälzische Post Nr. 23 v. 30.1.1933 („Die Arbeiterschaft zur Abwehr entschlossen“).

⁸² Dokument 6 abgedruckt bei Hermann Morweiser, Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen a. R. 1981.

⁸³ Pfälzische Post Nr. 26 v. 31.1.1933 („Arbeitendes Volk“).

⁸⁴ Pfälzische Post Nr. 30 v. 4.2.1933 („Ludwigshafen bleibt rot!“).

⁸⁵ Pfälzische Post Nr. 31 v. 6.2.1933 („Einig und kampftschlossen!“).

⁸⁶ Pfälzische Post Nr. 43 v. 20.2.1933 („Nazi-Überfall auf Reichsbannerleute in Obermoschel“).

⁸⁷ Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („Die nächtliche Schießerei in Thaleischweiler“).

⁸⁸ Vgl. den Wahlkampfkalender der pfälzischen SPD: „Für Freiheit gegen Knechtschaft“. Exemplarisch hierfür: Pfälzische Post Nr. 52 v. 2.3.1933.

⁸⁹ Pfälzische Post Nr. 50 v. 28.2.1933 („Brandattentat auf das Reichstagsgebäude“).

⁹⁰ Pfälzische Post Nr. 55 v. 06.03.1933 („Das Votum des Volkes“).

Volkswillens“ und schon die Parole ausgab: „Haltet der Partei die Treue.“⁹¹ Hoffnung sollte sicher noch einmal die Kommentierung des eigentlichen Wahlergebnisses verbreiten, mit Schlagzeilen wie: „Die Sozialdemokratie unerschütter!“ oder „Ein Ruhmestag der Partei.“⁹² Tatsächlich hatte sich die SPD auch in der Pfalz im Vergleich zum 6. November 1932 von 86.544 auf 98.404 Stimmen verbessert und das Reichstagsmandat für Friedrich Wilhelm Wagner gehalten. Mit 46,5 Prozent für die NSDAP war aber nun auch in der Pfalz der Damm gebrochen: Am 7. März 1933 wehten die ersten Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern,⁹³ am 10. März 1933 wurde die „Pfälzische Post“ besetzt. Die letzte schon unter Vorzensur stehende und mit zahlreichen fehlenden Artikeln erscheinene Ausgabe berichtete geradezu symbolisch von der Zerstörung des Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zweibrücken.⁹⁴ Nicht mehr berichten konnte das SPD-Organ über die Erschießung des Sozialdemokraten Georg Hüter noch am gleichen Morgen in Oppau,⁹⁵ ebenso wenig über das Verbot des Reichsbanners, der Eisern Front und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). In der Folge wurde noch am gleichen Tag - neben zahlreichen weiteren pfälzischen Reichsbannerführern - der Gauvorsitzende und MdR Friedrich Wilhelm Wagner verhaftet. Glückliche Umstände ermöglichten ihm am 11. März 1933 die Flucht aus der Pfalz. Andere wie der Bezirksvorsitzende Hammer, der Bezirkssekretär Bögler oder der Ludwigshafener Bürgermeister Kleefoot kamen jedoch in „Schutzhaft.“⁹⁶ Am 13. März 1933 wurde die „Pfälzische Freie Presse“ in Kaiserslautern zum Schweigen gebracht.⁹⁷ Dennoch hielt der Parteiausschuss der SPD in Berlin auch am 14. März 1933 – unter Teilnahme von Adolf Ludwig und Georg Setzer – am Grundsatz strikter Legalität fort. In die Pfalz zurückgekehrt, formulierte Setzer am 20. März 1933 ein gleich lautendes Rundschreiben an die Ortsvereine. Das letzte organisatorische Zusammentreffen in der Pfalz erfolgte Anfang April 1933 - nach dem Erlass des „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ am 31. März 1933 - im Rahmen einer Konferenz der Unterbezirksvertreter in Ludwigshafen, die entsprechend dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 Fritz Ober und Georg Setzer für den pfälzischen Kreistag und Adolf Ludwig und Franz Bögler für den Landtag nominierten. Am 29. April 1933 stimmten beide im Landtag gegen das „Gesetz zur Behebung der Not des Bayerischen Volkes und Staates“, das jeden weiteren politischen Willkürakt der neuen Herrscher legalisieren sollte. Da anschließend in den Gemeinde- und Stadträten die Sozialdemokraten schon nach der ersten Sitzung wieder aus den Gremien „hinausbefördert“ wurden, begann schließlich auch die Parteibasis einzubrechen. Das formale Verbot der SPD am 22. Juni 1933 traf eine in Pfalz schon real nicht mehr existierende Organisation.⁹⁸

Die sozialistischen Zwischenparteien

Zum Zeitpunkt der Räumung des Rheinlandes wirkten mehrere sozialistische Kleinstparteien in der Pfalz. Auf die längste Tradition konnte dabei die Ortsgruppe der Unabhängigen

⁹¹ Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („An die Partei“).

⁹² Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („Der 5. März und seine Lehren“).

⁹³ Pfälzische Post Nr. 57 v. 8.3.1933 („Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern“).

⁹⁴ Pfälzische Post Nr. 59 v. 10.3.1933 („Ebert-Denkmal zerstört“).

⁹⁵ Günther Janson, Der. 10. März 1933 in Oppau, in: Manfred Geis / Gerhard Nestler (Hrsg.), Die pfälzische Sozialdemokratie, Edenkoben 1999, S. 532-535.

⁹⁶ Günter Braun, Verfolgung – Emigration - Widerstand, in: Ebd., S. 508.

⁹⁷ Stephan Pieroth, Sozialdemokratische Presse 1918-1933, in: Ebd., S. 423.

⁹⁸ Georg Setzer, Wir kamen wieder!, in: Ebd., S. 537-541.

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in Ludwigshafen verweisen, die auch nach dem Übertritt der Parteilinken zur KPD 1920 und der großen Mehrheit der Restorganisation zur SPD 1922 gemeinsam mit einer Ortsgruppe in Pirmasens⁹⁹ an der Fortsetzung der Organisation in der Pfalz unter der reichsweiten Führung von Theodor Liebknecht festhielt und u.a. 1924 mit Wilhelm Cramme´ als Spitzenkandidat vergeblich zum Stadtrat von Ludwigshafen kandidierte. Als Theodor Liebknecht aber zum 1. November 1931 seine Organisation in die SAP überführte, vollzog die USPD-Ortsgruppe Ludwigshafen nicht diesen Schritt, sondern trat unter der Führung von Cramme´ zur KPD über.¹⁰⁰

Ebenfalls auf eine lange Tradition konnte die Ortsgruppe der Roten Kämpfer (RK) Frankenthal / Ludwigshafen hinweisen. Ihre Organisation war aus einer der zahlreichen Aufspaltungen der am 4. April 1920 gegründeten syndikalistischen Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) hervorgegangen. Die von Ludwig Kohl, Ernst Weiß, Otto Metz und Erich Mirtschin getragene pfälzische RK-Gruppe¹⁰¹ erlangte auch deshalb in der Pfalz eine gewisse Bedeutung, weil sie als linkskommunistische Fraktion schon im Oktober 1931 der pfälzischen SAP beitrug und dort mit Kohl zunächst den vorläufigen Bezirksvorsitzenden stellte.¹⁰² Im August 1932 verließ die linkskommunistische Fraktion reichsweit die SAP. Ihre Mitglieder in Frankenthal wirkten anschließend wieder als RK-Ortsgruppe Frankenthal / Ludwigshafen im Bezirk Südwest dieser Organisation.¹⁰³

Auch eine Ortsgruppe in der Pfalz unterhielt der Leninbund. Diese linkskommunistische Organisation hatte sich zu Ostern 1928 als Sammelbecken derjenigen KPD-Mitglieder gegründet, die während der Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Internationale und der KPdSU (B) für Grigori Sinowjew Partei ergriffen hatten und nachfolgend aus der KPD ausgeschlossen worden waren. In der Pfalz lag ihr organisatorischer Schwerpunkt in Speyer. Dort gelang es auch der Ortsgruppe des Leninbundes bei der Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 mit 495 Stimmen / 3,9 Prozent das einzige pfalzweite Mandat für den Leninbund zu erringen. Julius Priefer nahm den Stadtratssitz bis 1933 wahr, obwohl seine Organisation bereits 1931 in Bayern verboten wurde. Die Mitglieder des Speyerer Leninbundes wirkten trotzdem bis 1933 in den hiesigen Organisationen der Arbeiterbewegung.¹⁰⁴

Ohne Ortsgruppe in der Pfalz blieb dagegen die Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO).¹⁰⁵ Dieser am 29. Dezember 1928 erfolgte Zusammenschluss rechtskommunistischer Oppositioneller fand in der Pfalz keinen Widerklang, weil der entsprechende Personenkreis, so die Ludwigshafener Stadträte Peter Müller, Valentin Hoecker und Karl Rihm, hier bereits 1925 aus Protest gegen den von Ultralinken inszenierten Verbalradikalismus der pfälzischen Bezirksleitung von der KPD zur SPD übergetreten war.¹⁰⁶

⁹⁹ Alfred Hermann, Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt a. d. W. 1989, S. 316.

¹⁰⁰ StA Ludwigshafen, Best. LuN, Nr. 2764, Personalakte Wilhelm Cramme´.

¹⁰¹ Olaf Ihlau, Die roten Kämpfer, Meisenheim a. G. 1969, S. 79.

¹⁰² Pfälzische Post Nr. 247 v. 23.10.1931 („Zur Parteispaltung in der Pfalz“).

¹⁰³ Ihlau (wie Anm. 101), S. 78.

¹⁰⁴ Klaus J. Becker, Zwischen ultralinken Parteiopposition und titoistischer Verfemung, in: Mitteilungen des historischen Vereins der Pfalz, 103 (2005), S. 346.

¹⁰⁵ Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition), Hamburg 2001, S. 580-587.

¹⁰⁶ StA Ludwigshafen, Stadtratsprotokoll vom 14.5.1925 und 10.8.1925.

Karl Rihm trat dann im Oktober 1931 – die Entscheidung der KPO-Minderheit vorwegnehmend - als Gründungsmitglied der Ludwigshafener SAP-Gruppe wieder hervor.¹⁰⁷

Auf bereits bestehende Strukturen in der Pfalz konnte die am 30. März 1930 in Berlin gegründete „Vereinigte Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“ (VLO) zurückgreifen. In ihr sammelten sich die Anhänger Trotzki in Deutschland, die sich in der Pfalz bereits früh als „Weddinger Opposition“ innerhalb der KPD organisiert hatten und ultralinke Positionen vertraten. Erst durch den Ausschluss führender „Weddinger“ (Hans Weber, Fritz Baumgärtner, Max Frenzel) im Frühjahr 1928 gelang es dem Berliner ZK die pfälzische KPD auf Moskauer Kurs zu bringen. Die Ausgeschlossenen organisierten sich zunächst als „Alte Kommunistische Partei“ und gewannen am 5. Dezember 1929 durch 1.017 Wählerstimmen als „Linke Opposition der KPD“ ein Stadtratsmandat in Ludwigshafen für Max Frenzel. 1930 überführte Frenzel dann die pfälzischen Trotzkiisten in die VLO, um sich bereits 1931 mit seinen Ludwigshafener Anhängern einer Oppositionsgruppe gegen Trotzki („Linke Opposition der KPD“) um den Österreicher Kurt Landau anzuschließen. Während Frenzels Organisation dann bis 1933 in der Pfalz diese trotzkistische Minderheitsgruppe repräsentierte und zunehmend an politischen Einfluss verlor, verblieben die organisierten Anhänger Trotzki in Kaiserslautern und Neustadt bis 1933 bei der gleichnamigen, aber von Trotzki „autorisierten“, Mehrheitsgruppe – ohne aber in der Pfalz realen politischen Einfluss zu erreichen.¹⁰⁸

Realen politischen Einfluss erhofften auch die wenigen pfälzischen Sozialdemokraten zu erlangen, die sich nach dem 4. Oktober 1931 der neu gegründeten SAP anschlossen. So meldete die „Pfälzische Post“ am 23. Oktober 1931 gerade einmal 34 Austritte aus der pfälzischen SPD seit der Konstituierung der linken Abspaltung. Ersichtlich zuwenig um zu verhindern, dass die pfälzische SAP durch die rührige RK-Gruppe um den vorläufigen Bezirksvorsitzenden Kohl sofort eine linkskommunistische Oppositionsrolle zur gewählten Parteiführung um Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld betrieb.¹⁰⁹ Zwar führte die SAP gezielte Mitgliederwerbeveranstaltungen durch, aber die Resonanz blieb selbst in der linken SPD-Hochburg Oppau mit nur sieben Übertritten gering.¹¹⁰ Von Nachteil hatte sich auch ausgewirkt, dass mit Gerhard und Susanna Jacobshagen in Ludwigshafen und Pfarrer Eckert in Mannheim, die prominentesten regionalen Parteilinken zur KPD gewechselt waren. So umfasste auch in Ludwigshafen die Gründergruppe um Bernhard Hamm, Karl Rihm, Wilhelm Vollmer, Ludwig Stucky und Heinrich Ringwald nur zwei ehemalige SPD-Stadträte (Hamm und Rihm), aber keine führenden sozialdemokratischen Kommunalpolitiker.¹¹¹ Ebenso wenig gelang es bei bisher der Parteiopposition nahe stehenden Organisationen, wie den Religiösen Sozialisten oder der Friedensgesellschaft geschlossene Übertritte zu bewirken. Und obwohl in der Gründungsphase der SAP auch von Seiten der SPD verstärkt Austrittsdruck auf SAP-Sympathisanten in den eigenen Reihen ausgeübt wurde,¹¹² blieb die Resonanz für die SAP selbst nach einem ersten Mandatsgewinn bei der Landtagswahl in Hessen in der Pfalz gering.¹¹³ Von der pfälzischen SAJ¹¹⁴ trat nur der Unterbezirk Frankenthal mit 200

¹⁰⁷ Pfälzische Post Nr. 250 v. 27.10.1931 („Völliges Fiasko der SAP“).

¹⁰⁸ Klaus J. Becker, Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 45.

¹⁰⁹ Pfälzische Post Nr. 247 v. 23.10.1931 („Zur Parteispaltung in der Pfalz“).

¹¹⁰ Pfälzische Post Nr. 250 v. 27.10.1931 („Die Seydewitz-Versammlung in Oppau“).

¹¹¹ Pfälzische Post Nr. 250 v. 27.10.1931 („Völliges Fiasko der SAP“).

¹¹² Pfälzische Post Nr. 251 v. 28.10.1931 („Mitgliederversammlung in Neustadt“).

¹¹³ Pfälzische Post Nr. 275 v. 25.11.1931 („Misslungener Fischzug der SAP in Neidenfels“).

¹¹⁴ Pfälzische Post Nr. 254 v. 31.10.1931 („Die pfälzische SAJ für Einheit“).

Mitgliedern zum Sozialistischen Jugendverband (SJV) der SAP¹¹⁵ über. Im November 1931 tagte die erste pfälzische Bezirkskonferenz der SAP in Neustadt. Hier waren Ludwig Manderschied und Hans Schreiber von der SPD zur SAP gestoßen. Dabei gelang es den vorläufigen Bezirksvorsitzenden Ludwig Kohl durch Hans Schreiber als gewählten Bezirksvorsitzenden zu ersetzen und dadurch die pfälzische Parteiorganisation etwas in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Auch der Bezirk der SJV nahm unter der Leitung von Eugen Christ seinen Sitz in Neustadt.¹¹⁶ Allerdings bestand die SAP nach wie vor aus lediglich aus acht Ortsgruppen. Auch die verstärkte Agitation in den Gewerkschaften, die Bildung einer eigenen Kampforganisation, des Sozialistischen Schutzbundes, der Anfang Dezember 1931 in Neustadt gegründet wurde und die Herausgabe einer eigenen Regionalzeitung, der „Badischen-Pfälzischen-Arbeiter-Tribüne“ konnten am Misserfolg der Partei nicht viel ändern.¹¹⁷ Vereinfacht wurde die Situation der pfälzischen SAP auch nicht dadurch, dass die einzigen kommunalpolitischen Zuwächse in der Pfalz am 8. Dezember 1931 zu verzeichnen waren, als in Frankenthal die KPD-Stadträte Bold und Wolf zur SAP übertraten.¹¹⁸ Sie folgten damit dem organisatorischen Beispiel einer starken Minderheit der bisherigen Reichsleitung der KPD, die Anfang November 1931 der SAP beigetreten war, um die SAP „für den Kommunismus“ zu erobern.¹¹⁹ Für das Wahljahr 1932 definierte die SAP als wichtigste Aufgabe, eine einheitliche Front aller deutschen Arbeiter zur Abwehr des Faschismus zu erreichen. Angestrebt wurde der Zusammenschluss von SPD, SAP und KPD zu einer einzigen Arbeiterpartei, so der Tenor einer Werbeveranstaltung der SAP („Durch Klasseneinheit zum Sieg“) am 4. Februar 1932 in Roxheim.¹²⁰ Nach dem Verzicht der SPD auf einen eigenen Reichstagskandidaten nährte sich die SAP aber immer mehr der KPD an. Am 19. Februar 1932 beschloss der Parteivorstand bei der Reichspräsidentenwahl den KPD-Kandidaten Thälmann zu unterstützen. Welch geringes eigenes Potential die SAP aber tatsächlich in die Wagschale werfen konnte, veranschaulichte die auf die Reichspräsidentenwahlen folgende bayerische Landtagswahl am 24. April 1932. In der Pfalz votierten nur 3.203 Wähler (0,6 Prozent) für die Kandidaten der SAP, aber 48.702 für die der KPD und 84.333 für die der SPD. Zwischen KPD und SPD war ersichtlich kein Platz mehr für eine dritte Arbeiterpartei. Entsprechend setzte die SAP ihre Einheitsfrontbemühungen fort, beteiligte sich an kommunistischen Demonstrationen und arbeitete auch in der von KPD organisierten Antifaschistischen Aktion mit. Freilich nur auf der von der KPD gewünschten untersten Ebene der Einzelmitglieder, da sie jedes offizielle organisatorische Bündnis mit der SAP-Führung und natürlich auch mit den SPD-Vorständen ablehnte. Trotzdem beschloss der SAP-Parteivorstand am 14. Juli 1932 eine Listenverbindung mit KPD zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932.¹²¹ Auch wenn so keine Stimmen verloren gingen, dürfte das Ergebnis für die pfälzische Parteiorganisation niederschmetternd gewesen sein: 730 Stimmen (0,1 Prozent) – binnen drei Monate ein Verlust von 2.500 Wählern! Die Folge davon war die Zunahme der liquidatorischen Tendenzen in der SAP, die sich in Austritte (RK), Rückkehr zur SPD oder Übertritt zur KPD manifestierten. Folglich belegte der 6. November 1932 mit 451 Stimmen dann das Ende der Organisation auch in der Pfalz. Die linkssozialdemokratische

¹¹⁵ Roter Pionier Nr. 1 v. 12.1931 („Der Sozialistische Jugendverband marschiert“).

¹¹⁶ Roter Pionier Nr. 1 v. 12.1931 („Adressen-Tafel“).

¹¹⁷ Gerhard Nestler., Gegen Hitler-Diktatur und Krieg – Die SAP in der Pfalz von 1931-1938, in: Neue Pfälzische Post Nr. 13 v. 12.1984.

¹¹⁸ Pfälzische Post Nr. 288 v. 10.12.1931 („Stadtrat Frankenthal“).

¹¹⁹ Heinz Niemann, Gründung und Entwicklung der SAP bis zum I. Parteitag, in: Niemann (wie Anm. 11), S. 134.

¹²⁰ Nestler (wie Anm. 117), S. 15.

¹²¹ Sozialistische Arbeiter Zeitung Nr. 157 v. 16.7.1932 („SAP-Liste 3a“).

Partei vorstandsmehrheit empfahl daher Ende Februar 1933 die Auflösung der SAP und den Übertritt zur SPD (Seydewitz) bzw. KPD (Rosenfeld). Die rechtskommunistische Partei vorstandsminderheit folgte jedoch nicht diesem Ansinnen und führte die Organisation unter den Bedingungen des „Ermächtigungsgesetzes“ illegal fort.¹²² Auch in der Pfalz ging die Mehrheit der verbliebenen Mitglieder in den Untergrund. Erst 1938 wurden die letzten pfälzischen SAP-Strukturen mit Schwerpunkt in Ludwigshafen von der Gestapo zerschlagen.¹²³

Die Kommunistische Partei Deutschlands

Ganz anders als die pfälzischen Sozialdemokraten nahmen die Kommunisten den Rückzug der französischen Besatzungstruppen und den Einmarsch der bayerischen Landespolizei Schlag Mitternacht vom 29. zum 30. Juni 1930 wahr: Für sie hatten nur die Unterdrücker gewechselt. Statt französischer Soldaten würde nun deutsche Schupo die revolutionären Arbeiter „vor die Karabiner“ treiben, damit sie von „deutschen Klassenrichtern in die Zuchthäuser gesteckt werden können.“¹²⁴ War für die KPD nach außen das „Befreiungs-Betrugsmanöver“ der größte chauvinistische Rummel seit 1914, den SPD und bürgerliche Republikaner zu „faschistischer Stimmungsmache“ ausnutzen,¹²⁵ so hatte parteiintern der 30. Juni 1930 doch eine große Bedeutung für die pfälzischen Kommunisten. Denn der 12. pfälzische Bezirksparteitag, der am 24. und 25. Mai 1930 in Pirmasens zusammengetreten war, hatte die Auflösung der pfälzischen Bezirksorganisation zugunsten eines Zusammenschlusses mit der KPD Baden beschlossen. Wesentliche Ursache hierfür war, dass der Bezirksparteitag zwar von 138 Delegierten aus 43 Ortsgruppen besucht worden war, diese laut dem Organisationsbericht vom Januar 1930 aber nur 1.903 Mitglieder repräsentierten, wovon jedoch nur 828 auch einen Beitrag gezahlt hatten. Die Aus- und Eintritte wurden als außerordentlich stark bezeichnet und betrafen ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft. Insgesamt konnten 1.081 Neuaufnahmen nicht integriert werden.¹²⁶ Zur Beendigung dieses Misstandes sollte laut dem Referenten des Zentralkomitees der KPD, Jean Winterich, eine „Konzentrierung unserer Arbeit durch Reorganisation und Schaffung großer arbeitsfähiger Bezirke“ beitragen.¹²⁷ Für die Pfalz bedeutete dies konkret den Zusammenschluss mit dem Bezirk Baden. Als Zeitpunkt hierfür wurde der 1. Juli 1930, also unmittelbar nach der Räumung der Pfalz durch die Franzosen, vorgeschlagen. Da der bisherige Bezirksleiter Karl Fischer nach seiner Rückkehr von der Moskauer Leninschule die Gesamtleitung des Bezirkes Baden-Pfalz übernehmen sollte, wurden in die vorläufige engere Bezirksleitung der Pfalz Eugen Herbst, Hans Kiefert, Fritz Reinhardt, Emil Möllinger und der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Gustav Süß gewählt. Der bisherige Organisationssekretär und Landtagsabgeordnete Herbert Müller sollte die Leitung des nach dem Zusammenschluss der Bezirke Pfalz und Baden neu zu schaffenden Unterbezirkes Kaiserslautern übernehmen.¹²⁸

¹²² Heinz Niemann, Der. I. Parteitag der SAP. Ausbruch und Verlauf der innerparteilichen Krise bis zur Auflösung der Partei, in: Niemann (wie Anm. 11), S. 174-180.

¹²³ Günter Braun, Einleitung zu: Karl Nord, Im Kampf gegen Unrecht und für die Freiheit, Ludwigshafen a. R. 1986, S. 10-16.

¹²⁴ Arbeiter-Zeitung Nr. 148 v. 30.6.1930 („Freiheit in Ketten“).

¹²⁵ Arbeiter-Zeitung Nr. 149 v. 1.7.1930 („Das Befreiungs-Betrugsmanöver in der Pfalz“).

¹²⁶ Arbeiter-Zeitung Nr. 126 v. 2.6.1930 („Materialien zum pfälzischen Bezirkstag“).

¹²⁷ Arbeiter-Zeitung Nr. 122 v. 27.5.1930 („Der bolschewistische Parteitag der pfälzischen Arbeiterschaft“).

¹²⁸ StA Ludwigshafen, Best. SLu, Nr. 183 (Order KPD 1930-1933), Instrukteurbericht über den 12. Bezirksparteitag.

Die geplante schnelle Vereinigung der Bezirke Pfalz und Baden wurde jedoch durch die vorzeitige Auflösung des Reichstages am 18. Juli 1930 verhindert, die eine Neuwahl am 14. September 1930 erforderte. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes beabsichtigten die pfälzischen Kommunisten am 2. und 3. August 1930 in der Fruchthalle in Kaiserslautern einen „Roten Wahlappell“ durchzuführen, der aber dann vom pfälzischen Bezirksamt verboten wurde. Das von der KPD als „Anwendung der faschistischen Diktatur“ verurteilte Verbot war für 1930 tatsächlich recht ungewöhnlich, da Saalversammlungen der KPD in der Regel noch erlaubt und Verbote lediglich im Einzelfall ausgesprochen wurden. Kommunistische Veranstaltungen unter freiem Himmel waren hingegen schon seit Beginn des Jahres untersagt.¹²⁹ Auch die für den 3. August 1930 zur Aufstellung der Kandidaten vorgesehene Bezirksparteiarbeiterkonferenz wurde nicht gestattet, so dass sie illegal zusammentreten musste und sich an ihr nur 60 Delegierte aus 28 Ortsgruppen beteiligen konnten.¹³⁰ Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz verabschiedete einen Wahlauf Ruf, der sich scharf gegen die Sozialdemokratie wandte: „Sozialismus in Phrasen, Faschismus in der Tat, das ist das wahre Gesicht der SPD“. Er wurde unter unterschiedlichen Titeln sowohl als Flugblatt vertrieben¹³¹ als auch in der „Arbeiter-Zeitung“ abgedruckt.¹³² Diese alleinige Stoßrichtung gegen die SPD und die Vernachlässigung der NSDAP wurde von den pfälzischen Kommunisten während des ganzen Wahlkampfes aufrechterhalten.¹³³ Dahingegen veröffentlichte das ZK der KPD am 24. August 1930 eine „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Mit dieser politischen Wende zur „Nationalen Frage“ beabsichtigte das ZK, sich klar von der NSDAP abzugrenzen, ohne gleichzeitig die Frontstellung zur SPD zu vernachlässigen.¹³⁴

Am 14. September 1930 blieb die pfälzische KPD mit 48.994 Wählerstimmen (10,5 Prozent) deutlich hinter dem reichsweiten Ergebnis der KPD von 13,1 Prozent zurück. Nur in den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens Stadt hatte sie jeweils die SPD als stärkste Arbeiterpartei ablösen können. Allerdings hatte die NSDAP in beiden Amtsbezirken mehr Stimmen erhalten, als beide Arbeiterparteien zusammen! Entsprechend musste die pfälzische Bezirksleitung am 21. September 1930 selbstkritisch feststellen, den Kampf gegen die SPD „konkret und in genügender Schärfe“ geführt zu haben, während „dies gegenüber den Nationalsozialisten nicht im gleichen Maße der Fall“ gewesen war. Trotzdem sprach sie von einem „glänzenden Wahlsieg.“ „Mängel, Schwächen, teilweise auch Fehler in unserer Arbeit“ wurden darauf zurückgeführt, dass „ein Teil des mittleren und unteren Funktionärskaders dem Tempo der raschen Entwicklung in dem Heranreifen einer neuen akut revolutionären Situation nicht mehr folgen konnte und kann.“ Abhilfe hiergegen sollte neben dem Ausbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) die Bildung arbeitsfähiger Betriebszellen

¹²⁹ Judith Friedmann, Die politische Radikalisierung in der Pfalz zu Beginn der Dreißiger Jahre. Magisterarbeit an der Universität Mannheim 1993, S. 36.

¹³⁰ StA Ludwigshafen, (wie Anm. 128), Instrukteurbericht über die Bezirksparteiarbeiterkonferenz 1930.

¹³¹ Ebd., Flugblatt: „An alle Werktätigen der Pfalz! Manifest der Parteiarbeiterkonferenz der KPD, Bezirk Pfalz vom 2. und 3. August in Kaiserslautern“.

¹³² Arbeiter-Zeitung Nr. 179 v. 5.8.1930 („An die werktätige Bevölkerung der Pfalz! Ein Manifest beschlossen auf der Bezirksparteiarbeiterkonferenz der KPD, am 2. und 3. August in Kaiserslautern“).

¹³³ Beispielhaft: StA Ludwigshafen, (wie Anm. 128), dort der Generalarbeitsplan der KPD Bezirk Pfalz zum Wahlkampf 1930 und die Wahlnummer des Betriebszeitung „Aniliner“ aus dem Jahr 1930 sowie andernorts den Bericht über den pfälzischen Bezirksparteitag der SPD, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 190 v. 19.8.1930 („Sozialdemokratische Arbeiter her zu uns!“).

¹³⁴ Hermann Weber, Einleitung zu: „Die Gernerallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933“, Düsseldorf 1981, S. XXVI ff.

bringen.¹³⁵ Durch dieses Festhalten an der Gewerkschaftsspaltung wurde auch Teilen der ehemaligen ultralinken Opposition eine Rückkehr zur KPD ermöglicht. So übernahm z.B. Fritz Baumgärtner 1931 die Leitung der RGO in Ludwigshafen. Der Wiederaufnahme des ehemaligen Bezirksvorsitzenden Hans Weber durch die Speyerer Ortsgruppe der KPD am 16. Oktober 1930 widersetzte sich allerdings die Bezirksleitung, weil Weber eine Loyalitätserklärung verweigert hatte, denn inzwischen „läge die Politik der Partei auf der Linie seiner damaligen Forderungen.“¹³⁶

Da das ZK der KPD unter dem Eindruck der Notverordnungen der Brüning-Regierung ab dem Dezember 1930 der Auffassung war, dass in Deutschland bereits eine faschistische Diktatur bestand, wurde nun auch die Reorganisation der Parteibezirke umgesetzt.¹³⁷ Entsprechend wurde der Bezirk Pfalz mit 50 Ortsgruppen und 1.380 von Beitragskassierung erfassten Mitgliedern mit dem Bezirk Baden vereinigt. Sitz des Bezirkes war Mannheim, in der Pfalz wurden drei Unterbezirke mit Sitz in Kaiserslautern, Speyer und Frankenthal gebildet.¹³⁸ Auch die RGO wurde zu einem Bezirk Baden-Pfalz zusammengefasst und von ihr im März 1931 anlässlich der Betriebsratswahlen eine breite Kampagne für die Wahl „roter Betriebsräte“ und damit „roter Streikführer“ gestartet. So war dann die Steigerung des Stimmenanteils für die RGO unter den Arbeitern der BASF auf nur 23,8 Prozent für die pfälzischen Kommunisten in Anbetracht der sich vertiefenden Wirtschaftskrise sehr enttäuschend.¹³⁹

Unmittelbar nach dem Ende der Betriebsratswahlkampagne trat vom 26. März bis 11. April 1931 in Moskau die XI. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) zusammen und veranlasste die KPD wieder zu einer verschärften Taktik gegenüber der SPD.¹⁴⁰ Da der Kampf gegen die Sozialdemokratie auch gegen deren Parteilinke gerichtet wurde, gelang es der KPD nur wenige Unzufriedene mit dem Tolerierungskurs der SPD zum Parteiwechsel zu bewegen. So blieb auch der in der „Arbeiter-Zeitung“ am 2. Juni 1931¹⁴¹ und anderen kommunistischen Medien¹⁴² groß herausgestellte und mit einer anschließenden Werbetour durch die Pfalz („Warum kam ich von der SPD zur KPD“)¹⁴³ verbundene Übertritt von Gerhard und Susanna Jacobshagen ohne große Nachahmer.

Mit der Schaffung der Harzburger Front am 11. Oktober 1931 und dem immer aggressiveren Vorgehen der Nationalsozialisten gegen organisierte Arbeiter rückte die NSDAP dann wieder stärker in den Mittelpunkt der KPD-Angriffe auf den politischen Gegner.¹⁴⁴ Dies ermöglichte

¹³⁵ StA Ludwigshafen, (wie Anm. 128), „Vorwärts für Sowjet-Deutschland. Einstimmige Resolution der KPD, Bezirksleitung Pfalz zum Wahlsieg am 14. September und zu den nächsten Aufgaben der Partei.“ sowie das Rundschreiben der Bezirksleitung Pfalz der KPD vom 23. September 1930 an alle Ortsgruppen.

¹³⁶ Ebd., Beitrittserklärung von Hans Weber sowie das Ablehnungsschreiben der Bezirksleitung vom 29. November 1930 an das ZK.

¹³⁷ Weber (wie Anm. 134), S. XXIX ff.

¹³⁸ StA Ludwigshafen, (wie Anm. 128), „Zwei Jahre Kampf“. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Baden-Pfalz, Mannheim 1932.

¹³⁹ Dieter Schiffmann, Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt a. M. / New York 1983, S. 379 f.

¹⁴⁰ Weber (wie Anm. 134), S. XXXIV.

¹⁴¹ Arbeiter-Zeitung Nr. 115 v. 2.6.1931 („Nur die Kommunisten verwirklichen den Sozialismus“).

¹⁴² Susanna Jacobshagen, Unser Austritt, in: Der Rote Aufbau, 13 (1931).

¹⁴³ Arbeiter-Zeitung Nr. 115 v. 2.6.1931 („Unsere Antwort auf den SPD-Parteitag“).

¹⁴⁴ Weber (wie Anm. 134), S. XL ff.

ein gemeinsames antifaschistisches Auftreten von Sozialdemokraten und Kommunisten: Der von der KPD initiierte „Kampfbund gegen den Faschismus“ meldete im Herbst 1931 31 Ortsgruppen aus der Pfalz, in denen Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitwirkten.¹⁴⁵ In einzelnen pfälzischen Orten, wie z.B. in Grünstadt am 17. November 1931 und in Oggersheim am 26. November 1931 erfolgte die Bildung von Einheitskomitees gegen den Faschismus durch die hiesigen Ortsgruppen von SPD und KPD. Eine für Januar 1932 angemeldete Einheitskomiteeveranstaltung in Ludwigshafen wurde allerdings vom Bezirksamt Ludwigshafen verboten, wie zuvor auch schon im ganzen Jahr 1931 kommunistische Versammlungen in der Pfalz massiv unterbunden worden waren. Erst die zahlreichen Wahlkämpfe im Jahr 1932 ermöglichten den pfälzischen Kommunisten wieder eine unbehindertere - wenn auch durch zahlreiche Verordnungen des Reichspräsidenten reglementierte – Öffentlichkeitsarbeit.¹⁴⁶

Sicher nicht erleichtert wurde die Arbeit der kommunistischen Funktionäre in der Pfalz auch durch die Neuaufteilung der Unterbezirke Ende 1931. So wurden die Unterbezirke Speyer und Frankenthal aufgelöst und gemeinsam mit Ludwigshafen und der Vorderpfalz zu einem neuen Unterbezirk unter der Leitung von Herbert Müller zusammengefasst. Gleichzeitig wurde der von ihm bisher geleitete Unterbezirk Kaiserslautern in die drei Unterbezirke Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel aufgeteilt,¹⁴⁷ und zusätzlich wurden Anfang 1932 noch zwei Unterbezirke der KPD in Kirchheimbolanden¹⁴⁸ und Landau¹⁴⁹ gebildet. Dass sich diese Dezentralisierung der KPD positiv auf die Gründung neuer Ortsgruppen und auf die Erreichung neuer Wähler gerade im ländlichen Raum auswirkte, belegen die fünf 1932 in der Pfalz anstehenden Wahlkämpfe. Auftakt hierzu war der erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932. Der kommunistische Kandidat Thälmann erhielt in der Pfalz 63.434 Wählerstimmen und erzielte damit das bisher beste Ergebnis für die KPD. Da die KPD jedoch an der aussichtslosen Kandidatur von Thälmann festhielt, votierten im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 bereits wieder weniger Wähler für den kommunistischen Kandidaten als noch für die KPD bei den Reichstagswahlen von 1930. In der NSDAP-Hochburg Pfalz war der Wählerrückgang mit jetzt noch 41.683 Stimmen deutlich. Schon am 24. April 1932 wurden die Wähler in Bayern anlässlich der Landtagswahlen erneut zu den Urnen gerufen. Gegenüber der Wahl vom 10. April 1932 konnte die KPD mit 48.994 Stimmen (9,5 Prozent) in der Pfalz wieder deutlich zulegen, blieb aber erneut hinter dem Reichstagswahlergebnis von 1930 zurück, so dass zwar Herbert Müller sein Landtagsmandat verteidigen konnte, ein zweites für die pfälzischen KPD aber nicht gewonnen werden konnte. Da die NSDAP außer in der Pfalz und Bayern auch bei den gleichzeitigen Landtagswahlen in Preußen und Württemberg deutliche Wahlerfolge verzeichnete, wandte sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der RGO bereits einen Tag nach den Landtagswahlen an alle sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und forderte sie zur Einheitsfront des Kampfes gegen Kapital und Faschismus auf – verbunden freilich mit einer neuerlichen, jede tatsächliche Einheitsfront hemmenden Kritik an der Führung der SPD und

¹⁴⁵ Helga Gotschlich, *Zwischen Kampf und Kapitulation*, Berlin (Ost) 1987, S. 89 ff.

¹⁴⁶ Friedmann (wie Anm. 129), S. 37 ff. Die Unterbindung kommunistischer Veranstaltungen auf der kommunalen Ebene beschreibt am Beispiel der Stadt Speyer: Hans Fenske, *Speyer in der Weimarer Republik*, in: *Geschichte der Stadt Speyer*. Band II. Stadt Speyer (Hrsg.), 2. Auflage, Stuttgart / Berlin (West) / Köln / Mainz 1983, S. 347 f.

¹⁴⁷ Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der KPD Baden-Pfalz (wie Anm. 138).

¹⁴⁸ Die Tätigkeit der KPD in der Endphase der Weimarer Republik in Kirchheimbolanden beschreibt knapp Britta Lehna, in: *Kirchheimbolanden. Die Geschichte der Stadt*, Band II, Stadt Kirchheimbolanden (Hrsg.), Kirchheimbolanden 1992, S. 35 ff.

¹⁴⁹ *Arbeiter-Zeitung* Nr. 97 v. 26.4.1932 („Landau gibt ein Beispiel für die richtige Durchführung der Massenmobilisierung“).

der ADGB-Gewerkschaften.¹⁵⁰ Auch ein gleichzeitiger Aufruf zum „Roten Kampfmai 1932“¹⁵¹ konnte nur schwerlich sozialdemokratische Arbeiter erreichen, da die KPD hierzu mit dem Bildnis Stalins mobilisierte.¹⁵² Solche unüberbrückbaren Differenzen - jedoch nicht über den demokratischen oder stalinistischen Weg zum Sozialismus – sondern persönlicher Art führten offensichtlich wenige Tage später auch zum Ausscheiden von Gerhard und Susanna Jacobshagen aus der KPD.¹⁵³

Am 25. Mai 1932 proklamierte die KPD die „Antifaschistische Aktion“ zur Abwehr der NSDAP.¹⁵⁴ Die dadurch ermöglichte Zusammenarbeit zwischen Gliederungen der KPD und der SPD zur Abwehr des Nationalsozialismus drohte sich jedoch in den Augen der Kominternführung zu verselbständigen, so dass mitten im Reichstagswahlkampf - der Reichstag war 4. Juni 1932 nach der Ernennung von Papens zum Reichskanzler durch Hindenburg aufgelöst worden - das Sekretariat des ZK der KPD am 14. Juli 1932 die Bezirksleitungen vor Fehlern bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik warnen und Vereinbarungen auch zwischen untergeordneten Leitungen beider Arbeiterparteien untersagen musste.¹⁵⁵ Trotzdem hatte sich die Ausrufung der Antifaschistischen Aktion für die KPD ausgezahlt. So gelang es ihr bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932, im Wahlkreis 27 Pfalz 58.968 Wähler (10,7 Prozent) zu mobilisieren. Dadurch war sie nach den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens-Stadt nun auch in Kusel, Waldmohr und Speyer-Land zur stärkeren Arbeiterpartei geworden. Der Ludwigshafener Eugen Herbst wurde direkt in den Reichstag gewählt. Unter dem Eindruck dieser Erfolge setzte die KPD zunächst ihre Strategie der „Einheitsfront von unten“ fort. So bildete sich noch im August 1932 eine „Vereinigung zur Abwehr des Faschismus“ aus Angehörigen von SPD, SAP und KPD in Neustadt an der Haardt.¹⁵⁶ Ein jähes Ende fand die Antifaschistische Aktion jedoch durch das XII. Plenum des EKKI vom 27. August bis zum 15. September 1932 in Moskau. Dieses proklamierte „einen neuen Turnus der Revolutionen und Kriege“, weshalb der „Hauptschlag“ gegen die Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ gerichtet werden sollte, um die Bourgeoisie selbst erfolgreich schlagen zu können. Dass sich die KPD auf ihrer 3. Reichsparteikonferenz vom 15. bis 18. Oktober 1932 in Berlin diese Thesen zu eigen machte, sollte für die Partei nur wenige Monate später katastrophale Folgen haben.¹⁵⁷

Da die KPD am 6. November 1932 bei der - nach der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 - notwendig gewordenen erneuten Reichstagswahl mit 16,9 Prozent der Wählerstimmen ihr bestes Wahlergebnis in der Weimarer Republik erzielte, glaubte die KPD-Führung an die Richtigkeit der neuen Generallinie. In der Pfalz votierten 69.111 Wähler (12,9 Prozent) für die Liste der Kommunisten. Neben Landstuhl, Kusel, Waldmohr, Pirmasens-Stadt und Speyer-Land war sie jetzt auch noch im Amtsbezirk Kaiserslautern-Land zur stärksten Arbeiterpartei geworden. Als Nachfolger von Eugen Herbst vertrat nun Fritz Benedum aus Kusel die pfälzischen Kommunisten im Reichstag. Entsprechend sprach die badisch-pfälzische Bezirksleitung in ihrem umfangreichen Bericht an den im Dezember

¹⁵⁰ Arbeiter-Zeitung Nr. 97 v. 26.4.1932 („An alle deutschen Arbeiter“).

¹⁵¹ Arbeiter-Zeitung Nr. 97 v. 26.4.1932 („Roter Kampfmai“).

¹⁵² Arbeiter-Zeitung Nr. 101 v. 30.4.1932 („Mit Stalin der sozialistischen Gesellschaft entgegen“).

¹⁵³ Arbeiter-Zeitung Nr. 118 v. 23.5.1932 („Erklärung der kommunistischen Fraktion gegen Jacobshagen“).

¹⁵⁴ Arbeiter-Zeitung Nr. 121 v. 27.5.1932 („Antifaschistische Aktion“).

¹⁵⁵ Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats des ZK der KPD, in: Die Generallinie (wie Anm. 134), S. 526 ff.

¹⁵⁶ Friedmann (wie Anm. 129), S. 45.

¹⁵⁷ Weber (wie Anm. 134), S. LII ff.

1932¹⁵⁸ abgehaltenen 1. Bezirksparteitag der KPD Bezirk Baden-Pfalz von einem „revolutionären Aufschwung“, wobei der „Antifaschistische Kampf“ in erster Linie gegen die Sozialdemokratie geführt worden sei! Bemerkenswerterweise war es der KPD damit bei den Reichstagswahlen vom November 1932 zwar gelungen, in Baden erstmals die SPD als stärkste Arbeiterpartei abzulösen, gleichzeitig verschwieg die Bezirksleitung in ihrem Bericht jedoch, dass die NSDAP sowohl in der Pfalz als auch in Baden inzwischen mehr Wähler gewonnen hatte, als KPD und SPD gemeinsam mobilisieren konnten. Die Mitgliederbewegung des Bezirkes wurde mit „stürmisch“ beschrieben, wobei 8.000 Neuaufnahmen im Jahr 1931 und noch einmal 7.614 vom 1. Januar bis 31. Oktober 1932 eine „ungeheure Fluktuation“ gegenüberstand. So waren 75 Prozent der Mitglieder und Funktionäre im Bezirk Baden-Pfalz erst im Verlaufe der letzten eineinhalb Jahre zur KPD gestoßen¹⁵⁹! Im Anschluss an den Bezirksparteitag wurde der Bezirk Baden-Pfalz noch im Dezember 1932 dem Oberbezirk Südwest, bestehend aus den Bezirken Hessen-Frankfurt, Baden-Pfalz, Hessen-Waldeck und Saargebiet, mit Sitz in Frankfurt am Main unter der Leitung von Heinrich Rau angegliedert. Im Zuge der Vorbereitung auf eine mögliche Illegalität erhoffte sich das ZK mit der Schaffung von insgesamt acht Oberbezirken eine weitere Straffung der Organisation.¹⁶⁰

Trotzdem stand die KPD auch in Baden-Pfalz am 30. Januar 1933 - ausgehend von ihrer ebenfalls völlig falschen Analyse der realen Gefahr durch die Hitlerbewegung - der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt gegenüber. Wie bereits erwähnt, wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik zwar auch an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos.¹⁶¹ Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Trotzdem gelang es der Bezirksleitung Baden-Pfalz am 31. Januar 1933, unter Einbeziehung der Ludwigshafener Parteiorganisation, in Mannheim noch einmal einen „Antifaschistischen Massenaufmarsch“ mit rund 10.000 Teilnehmern durchzuführen.¹⁶² Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und von ihr weiter nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert. So stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933 gespalten und kampfunfähig gegenüber.¹⁶³ Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität nun

¹⁵⁸ Der Bezirksparteitag war ursprünglich bereits für Mai 1931 vorgesehen gewesen, aber vom ZK der KPD immer wieder bis schließlich in den Dezember 1932 verschoben worden. Vgl. die entsprechenden Rundschreiben des ZK an alle Bezirksleitungen zur Vorbereitung der Bezirksparteitage zwischen März 1931 und Oktober 1932, in: Die Generallinie (wie Anm. 134), S. 296 ff.

¹⁵⁹ Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der KPD Baden-Pfalz (wie Anm. 138).

¹⁶⁰ Weber (wie Anm. 134), S. XCV f. Grundlegend zu den Vorbereitungen der KPD auf die politische Illegalität auch: Johann Wachtler, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929-1933, Frankfurt a. M. / Bern / New York 1983.

¹⁶¹ Der Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik wurde am 31. Januar 1933 von der KPD in der Pfalz als Extra-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ und als Flugblatt vertrieben. Originale als Dokument 4-6 abgedruckt bei Morweiser (wie Anm. 82).

¹⁶² Arbeiter-Zeitung Nr. 27. v. 1.2.1933 („Die gewaltige Riesenkundgebung des roten Mannheim“).

¹⁶³ Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1984, S. 682.

auch im Bezirk Baden-Pfalz - die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht - wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten.¹⁶⁴ In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Auch die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen, nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten worden war. Allerdings organisierte die Bezirksleitung Baden-Pfalz sofort deren illegalen Druck und Verteilung, so dass die „Arbeiter-Zeitung“ im Bezirk Baden-Pfalz noch bis Mitte 1935 monatlich mit einer Auflage von mehreren tausend, mindestens aber 500 Exemplaren, kontinuierlich weiter erscheinen konnte.¹⁶⁵

Mit dem 28. Februar 1933 war die KPD, die formell selbst nicht verboten wurde, in Deutschland illegal und ihres gesamtes Vermögen verlustig. Bereits am 3. März 1933 wurde der Parteivorsitzende Thälmann in seinem illegalen Quartier in Berlin verhaftet. Dennoch konnte die KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal 4.848.000 Millionen Wähler (12,3 Prozent) für sich mobilisieren. In der Pfalz votierten 53.284 (9 Prozent) Wähler für die KPD. Berücksichtigt man den Terror, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten die KPD-Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit. Fritz Benedum wurde erneut in den Reichstag gewählt. Wie alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD konnten er den Reichstag nicht einmal mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren die KPD-Abgeordneten von der faschistischen Regierung bereits festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden.¹⁶⁶ Dies galt auch für die Mandatsträger der KPD auf der Ebene der Landes- und Kommunalparlamente. Mit dem Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. März 1933 und dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde dieser Willkürakt legalisiert. Der Aberkennung der Reichstags- und Landtagsmandate der KPD folgte im April 1933 auch die Entziehung der Kommunalmandate, da die Stimmenanteile der KPD vom 5. März 1933 bei der Neuzusammensetzung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlamente entsprechend dem Reichstagswahlergebnis nicht berücksichtigt wurden.¹⁶⁷ Im Gegensatz zur SPD verblieb der pfälzischen KPD aber kein halblegales Intermezzo mehr, denn die nächste Verhaftungswelle gegen KPD-Funktionäre folgte schon am 5. März 1933 und zerschlug die bis zur Reichstagswahl ihr noch belassenen letzten Strukturen. In den folgenden Wochen und Monaten musste die Partei in der Illegalität neu formiert werden. Auch wenn sie sich darauf besser als die SPD vorbereitet zeigte – und dafür mit einem höheren Blutzoll bezahlte – blieb der kommunistische Widerstand genauso folgenlos. Gescheitert am Unvermögen aufeinander zuzugehen, ging die pfälzische Arbeiterbewegung gespalten in den gemeinsamen Untergang.

¹⁶⁴ Hermann Weber, Die Kommunisten, in: Erich Matthias / Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 258 f. sowie Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, München 1989, S. 175 f.

¹⁶⁵ Lothar Meinzer, Die Pfalz wird braun, in: Gerhard Nestler / Hannes Ziegler, Die Pfalz unterm Hakenkreuz, 2. Auflage, Landau 1997, S. 38. Ebd. Günter Braun, Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, S. 384 und Fritz Salm, Im Schatten des Henkers, Frankfurt a. M. 1979, S. 70 ff. Zur illegalen antifaschistischen Presse zwischen 1933 und 1939: Jürgen Stroech, Die illegale Presse, Leipzig 1979, speziell zur Arbeiter-Zeitung, S. 109 f.

¹⁶⁶ Ossip K Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1976, S. 287 f.

¹⁶⁷ In Bayern wurden die Ausführungsverordnungen am 7. April 1933 verkündet und eine Neukonstituierung der Kommunalparlamente unter Ausschluss der KPD bis zum 27. April 1933 angeordnet.